

DER LANDTAG

SCHLESWIG - HOLSTEIN

111/2001

Kiel, 15. Oktober 2001

16. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages: Bekämpfung des Terrorismus ein Thema der Landtagssitzung

Kiel (SHL) – Am **Mittwoch, 17. Oktober 2001**, tritt der Landtag zu seiner 16. Tagung zusammen. Die Sitzung ist auf drei Tage angelegt und endet voraussichtlich am Freitag Mittag.

Der erste Vormittag der Landtagssitzung steht ganz im Zeichen der Debatte um die Verbesserung der Inneren Sicherheit. Zum Auftakt diskutiert der Landtag über seine Haltung zur **Bekämpfung des Terrorismus**. Grundlage dafür ist ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1259). Darin wird unter anderem gefordert, beim Verfassungsschutz ein Referat einzurichten, das sich mit islamistischem Extremismus befasst. Mit Blick auf den Bund wird gefordert, die Bundesmittel für die Bereitschaftspolizei der Länder auf mindestens DM 43 Millionen zu erhöhen.

Anschließend berät der Landtag in Erster Lesung über eine Änderung des Landesverwaltungsgesetzes in Sachen **Schleierfahndung**. Der Entwurf der CDU-Fraktion dazu sieht vor, eine polizeirechtliche Ermächtigungsnorm für verdachtsunabhängige Personenkontrollen umzusetzen (Drs. 15/1257).

Der **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des automatisierten Datenabgleichs** wird danach ebenfalls in Erster Lesung behandelt (Drs. 15/1267). Durch Beschluss dieser Gesetzesvorlage der Landesregie-

rung wird die Grundlage für die sogenannte **Rasterfahndung** auch in Schleswig-Holstein gelegt. Die Polizei erhält durch diese Änderung des Landesverwaltungsgesetzes das Recht, „von öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen die Übermittlung von personenbezogenen Daten bestimmter Personengruppen aus dortigen Dateien zum automatisierten Abgleich mit anderen Dateien“ zu verlangen. Dabei werden fahndungsspezifische Suchkriterien zugrunde gelegt.

Es folgt – auf der Grundlage eines CDU-Antrages – eine Debatte über die Maßnahmen der Landesregierung zur Erhöhung der **Inneren Sicherheit** im Lande (Drs. 15/1260). Die Landesregierung ist aufgefordert, dem Parlament in der laufenden Tagung über finanzielle und personelle Maßnahmen zu berichten.

Um die **Sicherheit der Atomkraftwerke gegen Flugzeugabstürze** geht es im Anschluss. Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Landesregierung über die Ergebnisse der Sitzung der Reaktorsicherheitskommission am 11. Oktober 2001 berichten.

Nach der Mittagspause stehen dann verschieden bildungspolitische Themen zur Debatte an. Die **Hochschulstrukturentwicklung in Schleswig-Holstein** war Gegenstand einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion. Über die Antwort der Landesregierung diskutiert das Parlament eine Stunde lang (Drs. 15/1253). Dabei geht es um die Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen, um die finanziellen Grundlagen und die weitere Strukturentwicklung der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein. Dabei spielen die Neuordnungen der Bereiche Architektur und Medizin eine besondere Rolle.

Anschließend wird über einen Antrag der FDP-Fraktion diskutiert, in dem die **Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS)** gefordert wird (Drs. 15/1172). Zugleich befasst sich der Landtag mit dem CDU-Antrag zur **Eigenauswahl der Studierenden durch die Hochschulen** (Drs. 15/1195), der mittelfristig auch die Abschaffung der ZVS fordert. Bis zu 50% der Studierenden in zulassungsbeschränkten Fächern sollen von den Hochschulen selbst ausgewählt werden können. Dazu bedürfte es einer Änderung des Hochschulrahmengesetzes durch den Bund.

Die **Stammzellenforschung** ist Gegenstand eines FDP-Antrages, über den anschließend beraten wird (Drs. 15/1268). Darin wird an den Bundestag appelliert, bis Ende des Jahres eine Entscheidung zu treffen, „unter welchen Bedingungen künftig in Deutschland Forschung an embryonalen Stammzellen möglich sein wird.“

Auf der Grundlage des jährlichen Berichtes der Landesregierung debatiert der Landtag danach über die **Unterrichtssituation im Schuljahr 2000/2001** (Drs. 15/1052).

Schlusspunkt des ersten Sitzungstages ist dann die Beratung über die Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion zu **Tiertransporten** (Drs. 15/1252). Darin weist die Landesregierung auf Verbesserungen wie etwa die Verkürzung der Transportzeiten von acht auf vier Stunden hin. Zugleich wird aber eingeräumt, dass die durchgesetzten Verbesserungen hinsichtlich der Zielsetzung der Landesregierung, möglichst auf Transporte von Schlachttieren zu verzichten, noch zu kurz greifen.

Am **Donnerstag, 18. Oktober 2001**, steht als erstes die **Messekonzeption** der Landesregierung auf der Tagesordnung. Im Juli 2000 hatte der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig den nun vorliegenden Bericht gefordert. Die Landesregierung hat dazu ein externes Gutachten durch die Glücksburger Konzepte GmbH erstellen lassen. Aus der Sicht der Landesregierung bieten Gutachten und Bericht „eine realistische Grundlage für die profilierte Entwicklung der Messe-, Kongress- und Veranstaltungslandschaft Schleswig-Holsteins.“

Um die **Tätigkeit der Technologiestiftung** geht es in einem weiteren Bericht der Landesregierung (Drs. 15/1141), der anschließend beraten wird.

Die **Auswirkungen von Basel II** sind Gegenstand eines weiteren Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/1177), der auf Initiative der FDP-Fraktion vom Landtag angefordert wurde. Unter dem Stichwort „Basell“ werden derzeit neue Eigenkapitalvorschläge im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht verhandelt, die im Jahr 2005 in Kraft treten sollen. Befürchtet wird seitens der Landesregierung, dass sich die Kreditschöp-

fungsmöglichkeiten für Unternehmen mit mittlerer und schwächerer Bonität verschlechtern und verteuern werden.

Um die **Zusammenarbeit mit Dänemark** geht es in einem Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1258). Vor dem Hintergrund des Auslaufens der EU-Fördermittel im Jahre 2006 wird gefordert, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu verbessern. Unter anderem soll in Dänemark Deutsch bzw. in Deutschland Dänisch in Kindergarten und Schulen als Fremdsprache angeboten werden.

Es folgt die Beratung eines Berichtes der Landesregierung zu **Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften** (Drs. 15/1254). Darin wird auf Anforderung des Landtages hin dargelegt, mit welchen Maßnahmen die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) es bis 2005 schaffen will, die Kosten für die Ver- und Entsorgung der Landesliegenschaften um 20% zu verringern.

Letztes Thema am Vormittag ist dann die **Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels** (Drs. 15/1246). Die Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion dazu ist die Grundlage der Beratung. Darin verweist die Landesregierung darauf, dass die Fallzahl von Menschenhandel in Schleswig-Holstein eher gering ist.

Die Erhöhung der **Fördermittel für Investitionen im Rahmen der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse** fordert die CDU-Fraktion in ihrem entsprechenden Antrag (Drs. 15/1265), der am Nachmittag beraten wird.

Die **Offshore-Windparks** sind das nächste Thema, mit dem sich der Landtag befassen wird. Grundlage der Debatte sind ein Bericht der Landesregierung (Drs. 15/1104) sowie ein Antrag der CDU-Fraktion zur **Genehmigung von Offshore-Windparks** (Drs. 15/1197).

Einen **daughter's day** (Tag der Tochter) fordert die FDP-Fraktion in dem anschließend zu beratenden Antrag (Drs. 15/1248). Projekte, die der Heranführung von jungen Mädchen und Frauen an Berufe in der Wirtschaft, insbesondere in technisch ausgerichteten Betrieben, dienen, sollen demnach besonders gefördert werden.

Nur kurz beraten werden dann zwei Berichtsaufträge, die an die Landesregierung gehen:

Ein Antrag der FDP verlangt nach einer **Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe** (Drs. 15/1249).

Die CDU fordert von der Landesregierung einen Bericht zur **Umsetzung des Handlungskonzeptes des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutzes (MASGV) zur Sicherung der Pflegequalität in den stationären Pflegeeinrichtungen** (Drs. 15/1269).

Die **Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt** ist Gegenstand eines Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/1173), den der Landtag einstimmig im März diesen Jahres gefordert hatte. In dem 60seitigen Papier wird unter anderem darauf verwiesen, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Schleswig-Holstein gegenüber denen der Männer überproportional gestiegen ist. Daher werden die Frauen als „Gewinnerinnen des Arbeitsmarktes“ bezeichnet.

Letztes Thema am Donnerstag sind die **Auswirkungen der Änderung des Kindertagesstättengesetzes** (Drs. 15/1175). Auf Initiative von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte der Landtag einen Bericht der Landesregierung darüber angefordert. Dabei geht es insbesondere um die sozialen und finanziellen Auswirkungen der Sozialstaffelregel. Die Landesregierung kommt zu dem Schluss, dass sich die Gesetzesänderung bewährt habe.

Am **Freitag, 19. Oktober 2001**, befasst sich der Landtag zunächst einmal mit dem **Bahnpolitischen Konzept** der Landesregierung (Drs. 15/1176).

Es folgt die Zweite Lesung des **Rettungsdienstgesetzes**. Hierzu liegt eine einstimmige Beschlussempfehlung des Sozialausschusses vor (Drs. 15/1266). Die Gesetzesänderung soll bewirken, dass die Kosten für sogenannte Fehlfahrten im Rettungsdienst nicht den Bürgerinnen und Bürgern in Rechnung gestellt werden. Vielmehr sollen sich die Kreise und kreisfreien Städte als Träger des Rettungsdienstes und die Kran-

kenkassen als Kostenträger im Wege einer Vereinbarung auf eine Lösung verständigen.

Die **Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung** ist Gegenstand eines CDU-Antrages (Drs. 15/1263), um den es danach gehen wird. Demnach soll die Landeszentrale die Funktion einer Service-Agentur für die Politische Bildung im Lande übernehmen.

Zum Abschluss seiner Tagung befasst sich der Landtag noch mit dem Bericht der Landesregierung über die **Entwicklung der Nebentätigkeiten nach dem Landesbeamtengesetz** (Drs. 15/1256). Dieser Bericht wird in jeder Wahlperiode einmal vorgelegt. Er gibt in anonymisierter Form Auskunft über Art und Umfang der Nebentätigkeiten. Danach liegt der Gesamtanteil der Beschäftigten mit Nebentätigkeiten an der Gesamtbeschäftigtenzahl im unmittelbaren Landesdienst bei 6,57%.

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
3	Änderung der Landesdisziplinarordnung (Drs. 15/1228)	-
4	Zusammenarbeit auf Gebieten des Gesundheitswesens – 1. Lesung am Mittwoch – 2. Lesung am Freitag – (Drs. 15/1245)	-
15	Versorgung der Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies (Drs. 15/1250)	-
16	Einwilligung in die Veräußerung von Liegenschaften (Drs. 15/1255)	-
20	Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein (Drs. 15/1261)	-
21	Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein (Drs. 15/1262)	-

Reihenfolge der Beratung der 16. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldeteR edezeit	Vorauss. Beginn der Beratung
Mittwoch, 17. Oktober 2001			
18	Bekämpfung des Terrorismus	60	10:00
5	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	30	11:00
6	Gesetz zur Einführung des automatisierten Datenabgleichs	30	11:30
19	Innere Sicherheit	30	12:00
26	Sicherheit der Atomkraftwerke gegen Flugzeugabstürze	30	12:30
9	Hochschulstrukturentwicklung	60	15:00
10 u.1 1	Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen	35	16:00
24	Stammzellenforschung	30	16:35
27	Unterrichtssituation im Schuljahr 2000/2001	30	17:05
7	Tiertransporte	30	17:35
Donnerstag, 18. Oktober 2001			
37	Messe-Konzeption	30	10:00
29	Tätigkeit der Technologiestiftung	30	10:30
34	Auswirkungen von Basel II	30	11:00
17	Zusammenarbeit mit Dänemark	30	11:30
35	Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften	30	12:00
8	Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels	30	12:30
23	Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse	35	15:00
12 u.2 8	Offshore-Windparks	45	15:35
13	daughter's day	30	16:20
14	Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Wattenmeer als Weltkulturerbe	5	16:50
25	Umsetzung des Handlungskonzepts der MASGV zur Sicherung der Pflegequalität	5	16:55
31	Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt	30	17:00
32	Auswirkungen des Kindertagesstättengesetzes	30	17:30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
10	Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (FDP) mit TOP 11 nach TOP 9	-	5	5	5	5	5	10	35
11	Eigenauswahl von Studierenden durch die Hochschulen (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Genehmigung von Offshore-Windparks (CDU) mit TOP 28	-	5	10	5	10	5	10	45
13	daughter's day (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
14	Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Wattenmeer als Weltkulturerbe (FDP)	-	-	-	5	-	-	-	5
15	Versorgung der Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies (FDP)	ohne Aussprache							
16	Einwilligung in die Veräußerung von Liegenschaften (Reg.)	ohne Aussprache							
17	Zusammenarbeit mit Dänemark (CDU) am Donnerstag	-	5	5	5	5	5	5	30
18	Bekämpfung des Terrorismus (CDU) Mittwoch 10:00 Uhr	-	10	10	10	10	10	10	60
19	Innere Sicherheit (CDU) nach TOP 6	-	5	5	5	5	5	5	30
20	Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein (CDU)	ohne Aussprache							
21	Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein (CDU)	ohne Aussprache							
22	Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung (CDU) am Freitag	-	5	5	5	5	5	5	30
23	Investitionen im Rahmen der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse (CDU) Donnerstag 15:00 Uhr	-	5	10	5	5	5	5	35
24	Stammzellenforschung (FDP) nach TOP 10	-	5	5	5	5	5	5	30
25	Umsetzung des Handlungskonzepts der MASGV zur Sicherung der Pflegequalität (CDU)	-	-	5	-	-	-	-	5

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
26	Sicherheit der Atomkraftwerke gegen Flugzeugabstürze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nach TOP 19	-	5	5	5	5	5	5	30
	Berichte								
27	Unterrichtssituation im Schuljahr 2000/2001 (Reg.) nach TOP 24	-	5	5	5	5	5	5	30
28	Offshore-Windparks (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
29	Tätigkeit der Technologiestiftung (Reg.) nach TOP 37	-	5	5	5	5	5	5	30
30	Entwicklung der Museen (Reg.)	Absetzung von der TO vorgesehen							
31	Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
32	Bericht zu den Auswirkungen des Kindertagesstättengesetzes (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
33	Bahnpolitisches Konzept für das Land Schleswig-Holstein (Reg.) Freitag 10:00 Uhr	-	5	5	5	5	5	10	35
34	Auswirkungen von Basel II (Reg.) nach TOP 29	-	5	5	5	5	5	5	30
35	Energieeinsparung bei den Lan- desliegenschaften (Reg.) am Donnerstag	-	5	5	5	5	5	5	30
36	Entwicklung der Nebentätigkei- ten nach § 85 c des Landesbe- amtengesetzes (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
37	Messe-Konzeption (Reg.) Donnerstag 10:00 Uhr	-	5	5	5	5	5	5	30
38	Fragestunde								30

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119 V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@lvn.parlanet.de Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/pressticker